



Report Berlin

#12



03_07_2020

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde,

die letzte Sitzungswoche vor der parlamentarischen Sommerpause geht zu Ende. Und wir haben nochmal einen echten Schlusssprint hingelegt: wir haben die Umsatzsteuer von 19 auf 16 Prozent gesenkt, einen Nachtragshaushalt zur Finanzierung des Konjunkturpaketes beschlossen, die Grundrente eingeführt und das Strukturstärkungsgesetz für die Kohleregionen sowie das Kohleausstiegsgesetz verabschiedet. Eine Woche also, in der wir zum einen weitere wichtige Maßnahmen zur Ankurbelung der Wirtschaft und zur Abfederung der Corona-Krise beschlossen und zum anderen ganz zentrale Vorhaben dieser Legislaturperiode umgesetzt haben.

Gerade das Strukturstärkungsgesetz hat für unsere Region eine ganz besondere Bedeutung. Umso mehr freut es mich, dass wir Niedersachsen in Berlin durchsetzen konnten, dass das Braunkohlerevier Helmstedt bis zu 90 Millionen Euro an Strukturstärkungsmitteln erhalten wird. Das Land Niedersachsen wird zudem mit 157 Millionen Euro zum Ausgleich der entfallenden Beschäftigung und Wertschöpfung gefördert. Keine Frage: der Kohleausstieg ist eine Zäsur für die Energiepolitik in unserem Land. Für mich jedoch in ganz und gar positivem Sinne. Denn mit den nun beschlossenen Maßnahmen betreten wir einen Ausstiegspfad, der Versorgungssicherheit und Wirtschaftlichkeit gewährleistet und zugleich ganz entscheidend dazu beiträgt, dass wir das Ziel der Treibhausgasneutralität erreichen.

Dieses Ziel war auch Thema meiner [Rede zur Änderung der Erneuerbare-Energien-Verordnung](#). Mit der Verordnung soll es künftig möglich sein, Mittel aus dem Bundeshaushalt zur Senkung der EEG-Umlage zu verwenden. Das Ansinnen, die privaten Haushalte und die Unternehmen an dieser Stelle zu entlasten, halte ich gerade jetzt grundsätzlich für richtig. Mit der konkreten rechtstechnischen Umsetzung bin ich aber noch nicht so wirklich glücklich. Das habe ich der Bundesregierung in meiner Rede auch ganz klar zu verstehen gegeben.

Glücklich - ach was, überglücklich - war ich dagegen am Mittwochabend. Die Eintracht ist zurück in der Zweiten Bundesliga! Marco Antwerpen und die Mannschaft haben eine richtig starke Saison hingelegt und auch in dieser besonderen Situation die Nerven behalten. Ich freue mich schon jetzt darauf, dass wir hoffentlich ganz bald auch wieder im Eintracht-Stadion dem BTSV die Daumen drücken dürfen - dann in Liga 2.

Nicht nur die Eintracht, auch der Deutsche Bundestag geht nun in die Sommerpause. Auch in diesem Jahr werde ich die sitzungsfreie Zeit dazu nutzen, in vielen Terminen in Braunschweig und der Region Gespräche fortzusetzen, neue Gespräche zu beginnen und einmal mehr viele spannende und interessante Eindrücke zu gewinnen. Auch über ein Gespräch mit Ihnen würde ich mich sehr freuen und bitte Sie, sich bei Interesse einfach an mein Wahlkreisbüro zu wenden.

Nun wünsche ich Ihnen einen sonnigen und erholsamen Sommer - und bleiben Sie gesund!

Herzliche Grüße

Zahl der Woche

75

+51



Vor 75 Jahren wurde die CDU Deutschlands gegründet. Davon hat sie 51 Jahre Regierungsverantwortung im Bund getragen und Deutschland geprägt. Hier geht's zum Video: <https://t1p.de/pb3d>

Sie haben Fragen? Ich bin da für Sie:

Carsten Müller MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
carsten.mueller@bundestag.de
www.carsten-mueller.com
T. 030 227 73298

Neues aus dem Plenum.

Gesetz zur Verbesserung des Tierwohls in Tierhaltungsanlagen

Mit diesem Gesetz, das wir in erster Lesung beraten, vereinfachen wir den tierschutzorientierten Ausbau von Ställen. Baurechtlich erfordert der Ausbau von Ställen bisher unter gewissen Umständen einen Bebauungsplan oder einen Vorhaben- und Entschließungsplan; falls diese nicht vorliegen, erfolgt häufig kein tierwohlgerechter Ausbau von Ställen. Daher ändern wir das Baugesetzbuch in der Weise, dass künftig der Stallumbau einfacher wird, wenn dieser dem Tierwohl dient und die Anzahl der Tierplätze nicht erhöht wird. Diese Maßnahme ist ein Teil unseres tierwohlschützenden Ansatzes; der andere Teil besteht aus 300 Mio. Euro Fördergeldern, die wir für den Stallumbau im Koalitionsausschuss am 3. Juni für die Jahre 2020 und 2021 vorgesehen haben.

Gesetz zur finanziellen Entlastung der Kommunen und der neuen Länder

In erster Lesung beraten wir dieses Gesetz, das zwei wesentliche Elemente enthält: Zum einen wird eine Grundgesetzänderung des Art. 143h GG umgesetzt, so dass den Kommunen in diesem Jahr insgesamt 6,1 Mrd. Euro vom Bund zufließen, um ihre Gewerbesteuerausfälle zu kompensieren. Zum anderen trägt der Bund künftig einen höheren Anteil an den Erstattungen für die Aufwendungen der Rentenversicherung aus den Zusatzversorgungssystemen der DDR: Der Bund übernimmt künftig die Hälfte, so dass dadurch die neuen Ländern finanziell im dreistelligen Millionenbereich pro Jahr entlastet werden.

Zweites Gesetz zur Änderung des Tabakerzeugnisgesetzes

In zweiter und dritter Lesung stärken wir den Gesundheitsschutz durch ein Verbot von Außenwerbung für Tabakerzeugnisse. Dieses Verbot soll nach Ablauf einer Übergangsfrist am 1. Januar 2022 Anwendung finden, für Tabakerhitzer jedoch erst zum 1. Januar 2023 und für elektronische Zigaretten zum 1. Januar 2024. Außerdem wird zukünftig in Kinos die Vorführung von Werbefilmen und -programmen für Tabakerzeugnisse, elektronische Zigaretten und Nachfüllbehälter nur noch im Zusammenhang mit Filmen erlaubt sein, bei denen die Anwesenheit von Kindern und Jugendlichen gemäß § 11 Absatz 1 des Jugendschutzgesetzes nicht gestattet ist.

Weitere Informationen unter www.cducusu.de

Dieses und jenes.

Ifo-Geschäftsklima mit stärkstem jemals gemessenem Anstieg

Die Stimmung deutscher Unternehmen hat sich im Juni kräftig von ihrem drastischen Einbruch in der Corona-Krise erholt. Das Ifo-Geschäftsklima stieg mit dem stärksten jemals gemessenen Anstieg um 6,5 Punkte auf 86,2 Zähler.

Selbst Analysten hatten im Vorfeld mit einem schwächeren Zuwachs gerechnet. Es ist der zweite Anstieg des wichtigen Konjunkturindikators in Folge, nachdem er im März und April krisenbedingt drastisch eingebrochen war. Die Unternehmen bewerteten ihre momentane Lage im Juni etwas besser, während die Zukunftsaussichten wesentlich besser gesehen werden. (Quelle: dpa)

Dreißig Jahre FCKW-Verbot

Am 29. Juni 1990 beschloss die Londoner Konferenz zum Schutz der Ozonschicht auf Grundlage des Montreal-Protokolls von 1987 die Herstellung von Fluorchlorkohlenwasserstoffen bis zum Jahr 2000 weltweit zu stoppen. Diese Stoffe waren lange Zeit in der Kälte- und Klimatechnik sowie in der industriellen Reinigung genutzt worden. Wissenschaftliche Untersuchungen hatten zuvor nachgewiesen, dass vor allem die Ozonschicht, die das Leben auf der Erde vor tödlicher Strahlung schützt, durch die FCKW-Nutzung vor allem an den Polen stark in Mitleidenschaft gezogen wurde. Die Ozonschicht hat sich seit dem Verbot wieder erholt. (Quelle: Umweltbundesamt, wissenschaft.de)

Deutsche Krankenhäuser in Zahlen

Das deutsche Gesundheitssystem verfügt über eine weltweit einzigartig dicht ausgebaute klinische und medizinische Infrastruktur. So gibt es in Deutschland insgesamt 1.927 Krankenhäuser, in denen im vergangenen Jahr 19,7 Millionen Patienten behandelt wurden. Die damit verbundenen Kosten lagen bei 105,7 Milliarden Euro. Bei der Versorgungsdichte mit Intensivbetten lag Deutschland schon vor der Corona-Krise mit 33,9 Betten je 100.000 Einwohnern (2017) deutlich vor vergleichbaren OECD-Staaten wie Österreich (28,9; Stand 2018), den USA (25,8; Stand 2018) oder Frankreich (16,3; Stand 2018). (Quelle: Destatis, Bundesministerium für Gesundheit)